

.....  
Name, Vorname

.....  
Straße

.....  
PLZ, Ort

LSF – Bezügestelle  
Postfach 10065  
01076 Dresden

.....  
Ort, Datum

**Personal-Nr.:** .....

Hiermit erhebe ich

### **WIDERSPRUCH**

gegen die Besoldung für die Jahre 2011 bis 2019.

Dieser Widerspruch nach § 54 Abs. 2 BeamtStG betrifft die Amtsangemessenheit der Besoldung insgesamt und dient insbesondere der Sicherung meiner Rechte mit Blick auf Zweifel daran, ob das Besoldungsniveau mit dem Abstandsgebot zur Grundsicherung vereinbar ist. Hierzu verweise ich auf den Vorlagebeschluss des VG Chemnitz vom 8. November 2018 – 3 K 2000/15 – sowie auf die weiteren ähnlichen am BVerfG anhängigen Verfahren.

Ich bitte zudem, diesen Widerspruch entsprechend der Weisung des Staatsministeriums der Finanzen vom Februar 2019 zu Anträgen und Widersprüchen mit Bezug zum Vorlagebeschluss des VG Chemnitz zu behandeln und vorsorglich den Verzicht auf die Erhebung der Einrede der Verjährung zu erklären sowie das Verfahren zunächst bis zur Entscheidung des BVerfG ruhend zu stellen. Sollte sich aus dieser Entscheidung ergeben, dass die Besoldung nicht zu beanstanden ist, werde ich eine Rücknahme des Widerspruchs erwägen.

Mit freundlichen Grüßen